

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/71

Bonn, den 14. April 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:  
-----

Seite

Zeilen

1

Besucher in Bonn

43

McCloy und Couve de Murville

2

Bruchbuden noch immer hoch im Kurs

35

Von Menschenwürde kann oft nicht die Rede sein

3

Versuch eines Brückenschlags

50

Zum Abschluß der GATT-Vollversammlung

Von Pierre Simonitsch, Genf

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Polnische Angriffe auf den Vatikan

Gefahren für die internationale Rechtserwicklung

Noch spricht das Land

CSG zum Sieg der Labour-Party

GRYPHIUS-Preis für URZIDIL

Verdienter Pommer geehrt

Maria GÜNZEL geehrt

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21801/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

### Besucher in Bonn

McCloy und Couve de Murville

G.M. - Wenn nicht alles täuscht, wird sich in Bonn in den nächsten Tagen eine Art Tauziehen abspielen; dessen Ziel es sein dürfte, den politischen Standort der Bundesrepublik im Dreiecksverhältnis Washington - Paris - Bonn festzustellen. Die Bundesregierung erwartet den Besuch des früheren amerikanischen Hohen Kommissars und jetzigen Sonderbeauftragten Präsident Johnsons, McCloy und des französischen Außenminister Couve de Murville. Beide Besucher sollen zu klären versuchen, wie bei Fortsetzung der Desintegrationspolitik des französischen Staatspräsidenten die Wirksamkeit des Verteidigungsbündnisses der NATO aufrecht erhalten werden kann.

Es sind hier und dort Stimmen laut geworden - und sogar nicht einmal ungewichtige Stimmen -, die der Bundesregierung angeraten haben, sie solle beiden Besuchern die kalte Schulter zeigen. Dadurch würde, so behauptet man, der Wert der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Spiel der Kräfte im Kurs steigen. Da man allseits bemüht ist, die deutsche Politik in Bewegung zu bringen, spielen in dorartige Überlegungen auch ähnliche Vorgänge mit hinein, die man mit dem Stichwort "China-Handel" kennzeichnen könnte.

Auch militärische Sachverständige haben sich bemerkbar gemacht. Die einen fordern, man solle "Frankreich gehen lassen" und mit Hilfe der Amerikaner die "Bastion Bundesrepublik" militärisch noch stärker als bisher ausbauen. Die anderen verlangen das Gegenteil. Sie sagen, man sollte "die Amerikaner gehen lassen" und in enger Zusammenarbeit mit Frankreich eine europäische Verteidigungskraft entwickeln, die imstande wäre - natürlich mit Rückendeckung der Amerikaner -, einen Angriff aus dem Osten aufzuhalten.

Wie der Sonderbeauftragte, Präsident Johnsons und der französische Außenminister bei diesem Durcheinander mit konkreten Ergebnissen in ihren Gesprächen rechnen können, ist zunächst noch rätselhaft.

Nicht ohne Grund hat daher der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Fritz Erler, am Mittwochabend vorgeschlagen, man sollte stärker als bisher die Plattform der Westeuropäischen Union (WEU) ausnutzen, um dort im Einvernehmen mit allen Mitgliedern dieser Gemeinschaft eine für die freie Welt akzeptable Politik zu entwickeln.

Erler wollte damit wohl der Bundesregierung einen möglichen Ausweg aus einer sicher bald für sie peinlich werdenden Situation zeigen, wenn sie den bisher bekanntgewordenen Anregungen zur Lösung der anstehenden Probleme folgen würde. Die Bundesrepublik Deutschland geriete sicher - verhielte sie sich anders, als es Erler vorgeschlagen hat - unweigerlich in ein Kreuzfeuer, bei dem zur Zeit niemand übersehen kann, wer auf der Strecke bleiben würde.

## Bruchbuden noch immer hoch im Kurs

Von Menschenwürde kann oft nicht die Rede sein

sp - Prachtbauten gehören zur Kulisse des sogenannten Wirtschaftswunders. Sie ragen stockwerkgewaltig in die Wolken: Konzernverwaltungen, Versicherungsgesellschaften, Bankgeschäfte - und sie haben oft genug einen Zug ins Gigantische. Auch Wohnbauten von respektabler Höhe, Ausdehnung und Modernität sind mittlerweile entstanden, gewiß. Aber wer hinter die Fassaden sieht - die Bequemen gucken weg -, der entdeckt im Schatten der Pracht doch manche "Wohnung", für die die Bezeichnung Bruchbude noch schmeichelhaft ist. Zwar gibt es den bekannten "Bruchbuden"-Paragrafen, aber trotzdem sind Bruchbuden immer noch ein gutes Geschäft.

Der Wohnungsbedarf wird noch auf Jahre hinaus ungedeckt sein. Viele Familien - vor allem junge Familien - suchen oft unendlich lange nach einer passenden Wohnung. Ihr Suchen ist, trotz der Existenz des Familienministeriums, zumeist vergeblich. Wohnungen sind einfach zu knapp und - zu teuer. Die beinahe permanente Mietpreissteigerung der letzten Zeit ist ein Übriges, um die Lage auf dem sogenannten Wohnungsmarkt noch zu verschärfen.

Räumlichkeiten von fast abenteuerlicher Beschaffenheit finden so heute immer noch Mieter: Die umgebaute Scheune, der ausgebauter Dachboden, der notdürftig isolierte Keller, der "winterfest" gemachte frühere Abstellschuppen, die ehemalige Doppelgarage, selbst das ein wenig modernisierte "Behelfsheim" aus der Kriegszeit und die auf "Schwedenshaus" zurechtgetrimmte Schrebergartenlaube. Aber auch der Erker über der tag- und nacht-geöffneten Tankstelle, die Pförtnerwohnung auf dem Fabrikhof gleich neben der Montagehalle, manche Werkwohnung aus der Zeit der Gründerjahre, die längst der Spitzhacke gehören müßte, die Mansarde für fünf Personen in der sogenannten Kinderreichen-Siedlung, die Barackenwohnung oder gar die "Wohnung" in den ehemaligen Wintergarten einer Villa, deren Glanz erloschen ist - das alles findet heute immer noch zahlende Bewerber.

Von Menschenwürde kann da oft kaum noch die Rede sein. "Mit einer Wohnung kann man einen Menschen erschlagen - wie mit einer Axt!" hat Zille gesagt. Wir brauchen mehr Wohnungen. Aber der Anteil des Wohnungsbaues, besonders des sozialen Wohnungsbaues, am Bauvolumen geht zurück.

## Versuch eines Brückenschlags

### Zum Abschluß der Gatt-Vollversammlung

Von Pierre Simonitsch, Genf

Ein bereits seit einiger Zeit bemerkbarer neuer Geist im GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) hat sich während der nun abgeschlossenen 23. Vollversammlung der Körperschaft in einigen Beschlüssen von weitreichender Bedeutung konkretisiert. Bezeichnend war schon der Umstand, daß an der Jahreskonferenz des einstigen "Klubs der Reichen" 46 Entwicklungsländer in ihrer Eigenschaft als GATT-Mitglieder und weitere 17 als Beobachter teilnehmen konnten.

Zwei Staaten wurden als neue Vollmitglieder aufgenommen: die Schweiz und Jugoslawien. Die Schweiz besaß lange Jahre den Status eines Provisorischen Mitglieds, da die eidgenössischen Bestimmungen zum Schutz der Landwirtschaft den bisher strikten GATT-Regeln nicht entsprachen. Nachteile waren der Schweiz dadurch kaum erwachsen. Das nunmehr ausgehandelte Arrangement erlaubt der Schweiz weiterhin eine protektionistische Agrarpolitik, nur muß dem GATT regelmäßig Bericht über getroffene Maßnahmen erstattet werden.

Die Gewährung der Vollmitgliedschaft an Jugoslawien hängt theoretisch noch vom Ausgang der Verhandlungen um die Zolltarife mit den GATT-Partnern ab. Diese Verhandlungen sind aber mehr eine Formsache, da der jugoslawische Außenhandel bereits weitgehend liberalisiert ist und alle GATT-Mitglieder für die Aufnahme Belgrads stimmten. "Im GATT hat eine neue Philosophie Einzug gehalten", erklärte ein Sprecher, "wir versuchen, eine Brücke zwischen den Ländern mit freier Marktwirtschaft und den kommunistischen Ländern zu schlagen."

Nach dieser "neuen Philosophie" soll nun auch mit der Konkurrenz, nämlich der UNO-Welt handelsorganisation (Unctad) zusammengearbeitet werden, um Überschneidungen der Kompetenzen zu vermeiden. GATT-Generaldirektor Wyndham-White und Unctad-Generalsekretär Prebisch sind in Vorgesprächen übereingekommen, einen gemeinsamen Ausschuß zum Studium dieser Probleme zu bilden. An der Vollversammlung des GATT erbat Wyndham-White nun offiziell das Mandat für einen solchen Ausschuß. Die Konferenz stimmte dem Vorschlag zu. Eine gleichartige Initiative will der Generalsekretär der Unctad in seiner Organisation ergreifen.

Das GATT unternimmt also alle Anstrengungen, um die Entwicklungsländer an sich zu ziehen. In diesem Sinne wurde dem gut mit Aufträgen versehenen GATT-Informationszentrum, dessen Dienste vor allem den jungen Staaten zur Verfügung stehen, für 1966 ein Zusatzkredit von 35.000 Dollar und für 1967 eine Aufbesserung um 50.000 Dollar bewilligt. Ebenfalls genehmigt wurde die von Australien allen Entwicklungsländern zugebilligte Zollpräferenz; ein Schritt, der als Revolution der konventionellen GATT-Regeln betrachtet werden kann.

Weniger erfreulich war der Rapport des Generaldirektors über den Fortgang der Kennedy-Runde. Diese größten Zollverhandlungen aller Zeiten sind durch die EWG-Krise völlig zum Stehen gekommen. "Wenn die Regierung nicht in allernächster Zeit Delegationen nach Genf teudern, die mit breiten Vollmachten ausgestattet sind und an allen Fronten aktive und ununterbrochene Verhandlungen führen können, müssen wir in einen gewissen Pessimismus über die Möglichkeit eines glücklichen Abschlusses dieses großen Unternehmens fallen", warnte Wyndham-White. Besonders der Stand der Verhandlungen über den Landwirtschaftssektor sei "total entmutigend".